

6 Wochen Ferien für alle

Die von Travail Suisse lancierte Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» setzt sich für eine sinnvolle Work-Life-Balance ein.

Nachdem die Initiative von Bundesrat, Nationalrat und Wirtschaftskommission des Ständerats zur Ablehnung empfohlen wurde, fragt sich, ob die Schweiz für eine neue Regelung bereit ist. Die letzte Anpassung des Obligationenrechts liegt über 25 Jahre zurück: Der seitherige Mindestferienanspruch beträgt vier Wochen. Die Ferienregelung divergiert in den verschiedenen Branchen stark, wobei sich zahlreiche Sektoren und GAV immer noch an der Mindestferienregelung orientieren. Der GAV für die Drogisten geht teilweise über diesen hinaus, beispielsweise für Arbeitnehmende ab 50 bzw. mit 10 Dienstjahren (vgl. Art. 31 GAV). Die Initiative für 6 Wochen Ferien richtet sich besonders gegen die nicht nachvollziehbaren Branchenunterschiede.

Der Druck hat zugenommen

Es ist objektiv feststellbar, dass die Belastung am Arbeitsplatz massiv zugenommen hat. Die Arbeitswelt ist schneller, intensiver und dichter geworden; die Angestellten müssen innert kürzerer Zeit mehr leisten. Dazu bedarf es einer ständigen Anpassungsbereitschaft und einer absoluten Verfügbarkeit. Die negativen Konsequenzen von Stress, psychischen Erkrankungen, Herz-Kreislaufstörungen, Diabetes usw. verursachen jährlich Kosten von über vier Milliarden Franken. Die IV-Renten wegen psychischer Erkrankungen haben sich seit Beginn der Neunzigerjahre um achtzig Prozent erhöht. Die Initianten sind davon überzeugt, dass mittels eines sinnvollen Ausgleichs zwischen Ferien und Arbeit dieser Entwicklung entgegengewirkt werden kann: Mehr Ferien führen gemäss Initiativkomitee zur regelmässigen, vollständigen Regeneration und somit zu weniger Fehlzeiten.

Zu teuer?

Die Initiativgegner stellen sich auf den Standpunkt, eine zusätzliche Ferienwoche koste zwei Prozent mehr, was besonders kleinere und mittlere Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten

bringen könne. Es sei nicht auszuschliessen, dass durch die Kostenerhöhungen die Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitsorts Schweiz geschwächt werde und es zu Änderungskündigungen oder Stellenabbau kommen könnte. Gegen diese Befürchtungen spricht, dass ein grosser Teil des Arbeitsproduktivitätswachstums den Arbeitnehmern in den letzten Jahrzehnten vorenthalten worden ist. Die Reallohnentwicklung hinkt der Produktivitätsentwicklung nach. Oft wird ein Vergleich zu den USA gezogen, wo meist nur kurze und wenige Ferientage bezogen werden, sich aber die Produktivität deswegen nicht erhöht.

Mehr Ferien mehr Stress?

Im Vergleich zu den anderen europäischen Nationen haben die Arbeitnehmer in der Schweiz weniger bezahlte Ferien und Feiertage, jedoch gleichzeitig längere Wochenarbeitszeiten, aber im Vergleich beispielsweise zu Italien ein höheres Rentenalter. Gesamthaft betrachtet haben die schweizerischen Angestellten jährlich nahezu drei Wochen weniger Freizeit zur Verfügung. Des Weiteren wird als Argument gegen die Initiative vorgebracht, dass längere Absenzen auch zu längeren Arbeitszeiten bzw. zusätzlichem Stress führen können, weil die liegen gebliebene Arbeit nachgeholt werden muss. Die Initiativbefürworter kritisieren dieses Vorbringen, weil genügend Spielraum für eine bedarfsgerechte und auf die einzelnen Unternehmen zugeschnittene Lösung bestehe. Geplant ist gemäss Initiativtext eine praxisnahe Umsetzung mit realistischen Übergangsfristen: Die Unternehmen haben sechs Jahre lang Zeit, um die Ferien ihrer Mitarbeiter schrittweise auf sechs Wochen zu erhöhen. Zudem könne diese Problematik dadurch vermieden werden, dass die zusätzliche Ferienwoche nur tageweise eingezogen werden dürfe. Dennoch wird eine allfällige Umsetzung natürlich eine Umstrukturierung und Neuplanung zur Folge haben.

Regula Steinemann



Regula Steinemann, Rechtsanwältin und Geschäftsführerin «Angestellte Drogisten Suisse».

Dies ist eine Seite der «Angestellte Drogisten Suisse». Die Meinung der Autorin muss sich nicht mit jener der Redaktion decken.

www.drogisten.org